

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 400

Einwohnerratssitzung vom Montag, 22. November 2010, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	39	Personen des Einwohnerrates
	6	Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	<i>Einwohnerrat:</i> Karin Hess <i>Gemeinderat:</i> GP Beat Stingelin	
Vorsitz	Dieter Stohler, Präsident	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter / Steve Fischer	

Geschäftsverzeichnis

1. Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Simon Affolter, Unabhängige Pratteln, anstelle von Sascha Silva 2691
2. Teilrevision der Gemeindeordnung - 2. Lesung 2681
3. Überarbeitung Planung Pratteln Mitte (Änderungen gegenüber öffentlicher Auflage vom 21.01. bis 19.02.2008) - 2. Lesung 2689
4. Auslagerung der Ludothek Gampiross 2692
5. Sondervorlage, Bewilligung eines Nachtragskredites von CHF 220'000 für die Planung Neubau Gemeindeverwaltung, Bahnhofstrasse, Parzelle Nr. 4042 2693
6. Motion der SP-Fraktion, Gert Ruder und Werner Graber, betreffend "Velo-Fussgängerunterführung als Ersatz der Coop Passerelle" 2683
7. Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Mitwirkung in der Ferienzeit" 2684
8. Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Schulhausplatz den Schulkindern" 2687
9. Fragestunde (nach der Pause)

Dieter Stohler als Präsident des Einwohnerrates begrüsst die Anwesenden zur Sitzung und auch die heute besonders zahlreichen Gäste und Zuhörer. Im Speziellen heisst er den Gemeindeverwalter Stefan Brauchli und auch die Abteilungsleitenden Herr Bernhard Stöcklin (Finanzen), Herr Dieter Härdi (Bau), Herr Marcel Schaub (Sicherheit) und Frau Ursula Wälti (Soziales), willkommen. Begrüsst wird ein neues Mitglied im Einwohnerrat: Frau Sylvie Anderrüti-Boillat von der SP-Fraktion, die für Yvonne Meier nachrückt. Frau Sylvie Anderrüti-Boillat wird herzlich im Rat willkommen geheissen und Dieter Stohler dankt ihr im Namen der Einwohnerschaft für ihr Engagement und hofft, dass es ihr im Rat gefällt.

Heute handelt es sich um die 400. (vierhundertste) Sitzung des Einwohnerrates, die ich nicht mit Pauken und Trompeten eröffnet habe, weil wir vorher am Nachmittag im Beisein der ehemaligen Präsidentinnen und Präsidenten des Einwohnerrates einen Apéro geniessen durften und dieses kleine Jubiläum begehen konnten. An dieser Stelle sage ich herzlich Danke zu den Bürokollegen und Frau Künzli vom Einwohnerratssekretariat und den weiteren Helferinnen und Helfern. Wir haben uns an diesem Apéro erinnert, dass die erste Einwohnerratssitzung am 10. Januar 1972 abgehalten wurde und für mich war es eine besondere Ehre, dass der erste Präsident des Einwohnerrates, Herr Heinz Schwob, an der Feier anwesend war und ich ihm einen Blumenstrauss überreichen durfte. Herr Heinz Schwob hat mir auch erzählt: *Was war in der ersten Einwohnerratssitzung anders als heute? Dazu gibt es einen wesentlichen Unterschied: An der ersten Einwohnerratssitzung haben gewisse Einwohnerräte Wert darauf gelegt, dass der Einwohnerrat, der ja über dem Gemeinderat steht, höher positioniert ist und daher wurden für alle Einwohnerräte Podeste angefertigt, damit der Gemeinderat als Untergebener etwas tiefer unten ist.* Wenn ich nun heute in die Saalkonstruktion schaue, stelle ich fest, dass es nun genau umgekehrt ist und ich überlasse Ihnen, was sie daraus schliessen. Das Büro ist noch höher.

Präsenz:

Für die heutige Sitzung haben sich Einwohnerrätin Karin Hess und GP Beat Stingelin entschuldigt. Zurzeit sind 39 Personen des Einwohnerrates anwesend; das Einfache Mehr beträgt 20, das Zweidrittelmehr 26 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten Dieter Stohler:

Rücktritt aus dem Einwohnerrat von Thomas Vogelsperger, SP: Dieter Stohler verliest ein Schreiben von Thomas Vogelsperger vom 16. November 2010: *„An den Präsidenten und das Büro des Einwohnerrates Pratteln. Rücktritt aus dem Einwohnerrat. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und Kollegen. Aus beruflichen Gründen bin ich leider gezwungen, mein Mandat als Einwohnerrat per Ende des Jahres 2010 nieder zu legen. In der Zeit im Rat konnte ich viele spannende Diskussionen erleben, konnte für die Gemeinde mitgestalten und begegnete vielen interessanten Menschen. Allen diesen Menschen gilt mein Dank und dem Rat wünsche ich weiterhin alles Gute, Ausdauer und die Weitsicht, weiter für die Gemeinde nur das Beste zu erreichen. Es grüsst freundlich Thomas Vogelsperger“.* Der Rat hat mit Bedauern vom Rücktritt Kenntnis genommen; Thomas Vogelsperger wird noch an der Dezembersitzung teilnehmen und wir werden bei dieser Gelegenheit eine Verabschiedung vornehmen.

In der Oktobersitzung wurden **2 Interpellationen** eingereicht: Die Interpellation 2690 der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend "Umweltbelastung bei der ehemaligen Metallum in Pratteln" wie auch die Interpellation 2697 der Fraktion Unabhängige Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend "Gefährliche chemische Stoffe im dicht besiedelten Pratteln" werden für die Dezembersitzung traktandiert. Die Abklärungen der Interpellationen beim Kanton dauern länger und die Antworten des Kantons liegen für die heutige Sitzung noch nicht vor.

Budgetpostulate können bis zum Ende dieser Sitzung eingereicht werden; nachher nicht mehr.

Neuer parlamentarischer Vorstoss:

- Postulat der FDP-Fraktion, Patrick Freund, betreffend "Zu den Ausbauplänen der SBB in Pratteln" vom 22. November 2010

Geschäftsverzeichnis:

Es gibt zum Geschäftsverzeichnis keine Bemerkungen und es wird nach der vorliegenden Traktandenliste verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2691

Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Simon Affolter, Unabhängige Pratteln, anstelle von Sascha Silva

Aktenhinweis

- Kurzportrait vom 20. Oktober 2010

Es gibt keine Wortbegehren oder andere Vorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2012:

://: Simon Affolter, Unabhängige Pratteln

Geschäft Nr. 2681

**Teilrevision der Gemeindeordnung
- 2. Lesung**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 30. September 2010

GR Max Hippenmeyer: Präzisierungen zur Frage von Christian Schäublin: Im Budget gibt es 2 Sorten von Positionen, nämlich orientierende und rechtsgrundlagengebende. Für orientierende -beispielsweise die Sozialhilfe- braucht es keinen Nachtragskredit und für die rechtsgrundlagengebenden braucht es einen Nachtragskredit. Wir sehen dies gerade bei Traktandum 5, das ein solches Geschäft mit Nachtragskredit darstellt. Mit dieser Präzisierung wird das kantonale Recht in die Gemeindeordnung überführt und daher könnt ihr diesem ohne Bedenken zustimmen.

Martina Häring: Wir von der FDP-Fraktion finden diese Vorlage nach wie vor eine gute Sache, den Antrag des Gemeinderates gerechtfertigt und die Änderungen sinnvoll. Wir sind daher dafür, diese Vorlage trotz des obligatorischen Referendums „durchzuziehen“ und die Gemeindeordnung entsprechend zu ändern.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion dankt GR Max Hippenmeyer für die Präzisierungen und wir stimmen diesem Geschäft zu.

2. Lesung:

§ 7 Abs. 1 lit. a^{bis} (neu)

Keine Wortmeldung

§ 35 Abs. 1

Keine Wortmeldung

§ 38 Abs. 1 und 3 (neu)

Keine Wortmeldung

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 37 Ja zu 2 Nein bei 0 Enthaltungen:

://: 1. Die Änderung der Gemeindeordnung vom 23. August 1999 wird gemäss Erlassentwurf verabschiedet.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 2. Diese Änderung unterliegt dem obligatorischen Referendum. Der Gemeinderat legt das Datum der Abstimmung fest.

Geschäft Nr. 2689

**Überarbeitung Planung Pratteln Mitte
(Änderungen gegenüber öffentlicher
Auflage vom 21.01. bis 19.02.2008)
- 2. Lesung**

Aktenhinweis

- Vorlage des Gemeinderates vom 21. September 2010

GR Rolf Wehrli: GP Beat Stingelin ist in den Ferien und ich darf ihn heute Abend vertreten. Für die 2. Lesung habt ihr eine ergänzende Vorlage erhalten; ich melde mich dazu, wenn entsprechende Anträge oder Bemerkungen aus dem Einwohnerrat kommen.

Roger Schneider: Im Nachgang zur letzten Sitzung habe ich GP Beat Stingelin Fragen geschickt, die heute beantwortet werden sollten. GP Beat Stingelin hat zu meinem Antrag bezüglich Umgebungsgestaltung gesagt, es sei ja alles in den Anhängen des Reglements geregelt. Ich selber sehe jedoch nichts davon in den Anhängen. Man kann im Inhaltsverzeichnis nachschauen, ich sehe nichts. Ich habe ihn dann gefragt, ob es eventuell in den Informationsblättern auf der Homepage sei und diese Fragen sind noch unbeantwortet.

GR Rolf Wehrli: Grundsätzlich wird im Zonenreglement die naturnahe Gestaltung und Umgebung in den Artikeln 7, 11 und 34 gefördert. Ein allgemeines Bekenntnis der Gemeinde zur Förderung einer naturnahen Umgebungsgestaltung hat keine eigentliche Rechtswirkung gegenüber einer Bauherrschaft. Nach wie vor besteht die Meinung, dass mit den Informationsblättern 1, 2 und 3 dieser Sachverhalt im Anhang geregelt wird. Zum Stand der Informationsblätter: Die Begleitgruppe Pratteln-Mitte hat beschlossen, insgesamt 3 Informationsblätter zur Umgebungsgestaltung in den verschiedenen Gebieten zu erarbeiten. Informationsblatt 1 „Umgebungsgestaltung Pratteln-Nord Grünflächen in der Rheinebene“ ist fertig erstellt und wird den Bauherrschaften bereits bekannt gemacht. Informationsblatt 2 „Umgebungsgestaltung Pratteln-Mitte übriges Siedlungsgebiet“ ist in Bearbeitung und soll bis Ende April 2011 zur Verfügung stehen. Mit dem Informationsblatt 3 „Gebiet Kernzone“ wird gewartet, bis die Kernzonenplanung abgeschlossen ist.

2. Lesung

Erster bis dritter Teil: Art. 1 bis 16

keine Wortmeldung

Vierter Teil Art. 18 bis 37

keine Wortmeldung

Fünfter bis siebter Teil: Art. 38 bis 46

keine Wortmeldung

Dieter Stohler: Sie haben für die 2. Lesung eine Unterlage erhalten. Gegenüber der 1. Vorlage ist lediglich eine Änderung in Art. 16 Abs. 3 in der Marginalie vorgenommen, in blauer Schrift dargestellt.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Änderungen der Planung Pratteln Mitte (gegenüber öffentlicher Auflage vom 21.01.-19.02.2008) werden genehmigt. Der Gemeinderat wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens nach § 31 RBG beauftragt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: **27. Dezember 2010.**

Geschäft Nr. 2692

Auslagerung der Ludothek Gampiross

Aktenhinweis

- Vorlage des Gemeinderates vom 26. Oktober 2010

Thomas Sollberger ist Präsident dieses Vereines und tritt für dieses Geschäft in den Ausstand.

GR Felix Knöpfel: Die Vorlage liegt vor euch und anders als bei der Bibliothek hat sich die zuständige Kommission bereit erklärt, die Ludothek als Verein zu führen. Die Gründungsversammlung war bereits am 15. Oktober und wir sind bereit, den Verein so zu führen, dass sich für die Ludothek und die Gemeinde praktisch Nichts verändern würde. Denkt beim diskutieren bitte daran, dass wir weder am Vorstand noch an den Statuten etwas ändern können; dies ist alleine der Mitgliederversammlung des Ludothekvereines vorbehalten. Es handelt sich um eine ausgewogene Vorlage und man kann dieser zustimmen.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

Eintreten

Bruno Baumann: Die SP ist für Eintreten, hat später noch einige Fragen dazu.

Direktberatung

Andreas Seiler: Die FDP-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen. Wir gratulieren den Gründungsmitgliedern des Vereins Ludothek Gampiross zu ihrem Engagement und danken für die Arbeit für die Gemeinde. Wir haben einige Punkte in den Statuten etwas seltsam gefunden und empfehlen dem Verein, dies zu diskutieren und eventuell zu überarbeiten. Dies ist aber, wie bereits vorher gesagt, nicht Angelegenheit des Einwohnerrates.

Bruno Baumann: Die SP hat sich mit dieser Auslagerung befasst und stellt fest, dass einmal mehr eine Einrichtung der Gemeinde ausgelagert wird, die bis jetzt unklare Strukturen und auch keinen Leistungsauftrag hatte. Der Vorlage kann man entnehmen, dass

der Gemeinderat mögliche Trägerschaften abgeklärt hat. Dies sieht man unter Punkt 2 bei den Erwägungen. Die Ludothek soll nun von einer privaten Trägerschaft weiter geführt werden, wozu extra ein Verein gegründet wurde. Wir stellen fest, dass es genau die gleichen Personen sind, die die Ludothek bis anhin geführt haben. Wir finden dies gut, weil wir so die Gewähr haben, dass das Wissen und die Erfahrung erhalten bleiben. Bevor die SP zustimmen kann, sind noch Fragen zu beantworten: Frage 1: Unter Punkt 2 Leistungsvereinbarung Leistungen des Vereins Punkt 3, steht, dass die Ludothek während 10 Stunden pro Woche geöffnet hat. Handelt es sich um eine Minimalöffnungszeit pro Woche und an welchen Wochentagen ist die Ludothek geöffnet? Frage 2: Was müsste passieren, dass der Gemeinderat die CHF 17'000 plus Räumlichkeiten nicht mehr sprechen würde (Punkt 4 Leistungen der Gemeinde)? Frage 3: Auf der letzten Seite wird der Vorstand namentlich aufgeführt. Dabei ist uns aufgefallen, dass der Gemeinderat Felix Knöpfel im Vorstand dieses Vereins ist und wir möchten wissen, in welcher Funktion er im Vorstand ist.

Emil Job: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt den engagierten Personen. Wir haben 2 Fragen zur Leistungsvereinbarung. Frage 1: Wieso ist er auf 4 Jahre befristet und warum enthält er keine automatische Verlängerung? Frage 2: Warum ist die Finanzierung Bestandteil des Leistungsauftrages bzw. warum ist aufgeführt, wie sich der Verein zu finanzieren hat?

GR Felix Knöpfel: Frage 1 von Bruno Baumann: Die Öffnungszeiten sind übers Jahr gerechnet, sodass in Ferienzeiten die Öffnungszeiten zurückgenommen werden. In der Regel ist die Ludothek zwischen 14 und 16 Stunden in der Woche offen; nach oben ist es frei und wir müssen mit dem uns zur Verfügung stehenden Lohngefüge klar kommen. Frage 2 von Bruno Baumann: Der Verein ist für 4 Jahre sicher, dass die Gemeinde diese Leistungen bzw. Kosten übernimmt und nachher wird neu entschieden. Nehmen wir an, der Verein würde sich zurückziehen und nicht mehr weiter machen, so würde die Ludothek wieder zur Gemeinde kommen oder ein anderer Verein würde sie übernehmen. Das ganze Inventar und Vermögen würde in diesem Fall an die Gemeinde zurückgehen und der Gemeinderat müsste schauen, wie es weiter geht. Frage 3 von Bruno Baumann: Ich bin als Privatperson Felix Knöpfel, als fast Spielsüchtiger, in diesem Verein. Wenn ich nicht mehr Gemeinderat bin, bleibe ich weiterhin im Vorstand. Als Gemeinderat war ich in der Ludothekskommission, aber nun bin ich als Privatperson im Vorstand. Frage 1 von Emil Job: Die Frist von 4 Jahren entspricht derjenigen der Bibliothek und Kultur-Pratteln; dies ist eine normale Vertragsdauer. Das hat man auch bei Kultur-Pratteln gesehen, wo der Betrag um CHF 4'000 für das Archiv aufgestockt wurde. Frage 2 von Emil Job: Früher erhielt die Ludothek CHF 15'000 von der Gemeinde und durfte den Kopierer der Gemeinde benutzen, Briefe versenden usw. Kopiersachen. Porti usw. müssen in Zukunft vom Verein selber getragen werden. Wenn der Verein bemerkt, dass es für ihn nicht mehr tragbar ist, muss neu verhandelt werden und darum auch die Frist von 4 Jahren. Wir müssen zuerst Fuss fassen; gebt uns die Chance und fragt in 4 Jahren wieder, wie es weiter gehen soll.

Fredi Wiesner: Die Fraktion der SVP findet die Ludothek eine gute Institution, die schlank geführt wird und darum können wir der Auslagerung zustimmen.

Bruno Baumann: Ich danke GR Felix Knöpfel für die Beantwortung der Fragen und habe hier noch eine weitere Frage: Du (GR F. Knöpfel) hast erwähnt, dass du als Privatperson im Vorstand bist. Weiter heisst es noch „Der Verein erstattet der Gemeinde jährlich Bericht über den Geschäftsgang mittels Betriebsrechnung und Jahresbericht“. Wenn dies nun gemacht wird, genehmigst du dies selber oder wie gedenkt der Gemeinderat dies zu machen?

Emil Job: Ich muss etwas präziser formulieren: Es geht konkret um Punkt 3 Leistungsvereinbarung „Einnahmen des Vereins“ und warum dies so konkret hierin enthalten ist.

GR Felix Knöpfel: Die „Berichterstattung“ ist überall dasselbe. Wir werden sicher den Jahresbericht des Präsidenten an die Gemeinde schicken und ebenso die revidierte Jahresrechnung. Das ist so üblich. Der Vereinspräsident wird einen Bericht verfassen, der an die Gemeinde geht und dazu die revidierte Jahresrechnung. Ich habe damit nichts zu tun und habe dieses Ressort zufälligerweise noch als Gemeinderat. Die Einnahmen des Vereins sind klar: Beiträge der Ausleihe, Mitgliederbeiträge, allfällige Spenden und den eigentlichen Leistungsbeitrag. Leistungsbeitrag heisst, dass wir eine Leistung erbringen müssen und wenn diese Leistung nicht erbracht wird, wird der Beitrag gekürzt. Dies muss kontrolliert werden und könnte Sache der RPK oder GPK sein. Bis jetzt bezahlt die Gemeinde sowohl den Bibliotheksraum als auch Ludotheksraum. Sollte dies nicht mehr nötig sein und hätte die Gemeinde eventuell ein anderes Gebäude, würde die Gemeinde sagen, wir zahlen euch lieber nichts mehr, zieht doch in die Räume der Gemeinde, dann wäre die Ludothek gehalten, in diese Räume umzuziehen.

Abstimmungen

Der Rat beschliesst mit 37 Ja zu 1 Nein bei 1 Enthaltung:

://: 1. Auf die Führung der Ludothek durch die Gemeinde wird verzichtet.

Der Rat beschliesst mit 37 Ja zu 0 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: 2. Die Ludothek wird per 1.1.2011 dem Verein Ludothek Gampiross übergeben.

Der Rat beschliesst mit 37 Ja zu 0 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: 3. Die entsprechende Übergabvereinbarung und Leistungsvereinbarung werden bewilligt.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 4. Der dargestellten Finanzierung insbesondere dem jährlichen Gemeindebeitrag von CHF 17'000, sowie der Tragung der Raumkosten durch die Gemeinde wird zugestimmt.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 5. Das Reglement für die Ludothek Gampiross Pratteln (Ord. Nr. 08.10) wird aufgehoben.

Die Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
27. Dezember 2010.

Dieter Stohler: Ich wünsche dem neuen Verein gutes Gelingen und danke für das Engagement. Es handelt sich um eine gute Sache und diese ist populär in der Bevölkerung. Weniger populär finde ich, dass wir nun ein zweites Mal ein Geschäft auf dem Tisch haben, dass mit einem Widerspruch zu einem bestehenden Reglement begründet wird, dass nicht eingehalten wird. Ich danke hier einerseits der ROD-Treuhand, dass sie dies aufgedeckt hat und hoffe andererseits, dass damit alle anderen Reglemente eingehalten werden. Besten Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung.

Geschäft Nr. 2693

Sondervorlage, Bewilligung eines Nachtragskredites von CHF 220'000 für die Planung Neubau Gemeindeverwaltung, Bahnhofstrasse, Parzelle Nr. 4042

Aktenhinweis

- Vorlage des Gemeinderates vom 21. Oktober 2010

Dieter Stohler: Zuerst wird GR Rolf Wehrli reden, dann Herr Peter Hegi (bbo-Planungen, Unternehmensberatung für Büro-Bau und Organisation) und GR Max Hippenmeyer zur Finanzierung. Falls Fragen auftauchen, ist auch der Abteilungsleiter Bau, Herr Dieter Hürdi, anwesend.

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat beantragt die Bewilligung eines Nachtragskredites von CHF 220'000.-- für die Planung des Neubaus der Gemeindeverwaltung Pratteln an der Bahnhofstrasse. Die Vorlage wird in drei Teilen vorgestellt. Die bestehende Gemeindeverwaltung was den Altbau betrifft, stammt aus dem Jahre 1939; der Anbau wurde vor 40 Jahren, 1968 realisiert. Vor 36 Jahren wurde 1974 eine Erweiterung oder Neubau als 6-geschossiges Gebäude am bestehenden Ort projektiert. Dabei war auch eine Autoeinstellhalle vorgesehen. Jetzt möchten wir an zentralster Lage in Pratteln, an der Bahnhofstrasse einen Neubau planen. Bei der heutigen Vorlage geht es um nichts anderes als um einen Planungskredit. Mit dem Nachtragskredit, wollen wir einerseits Zeit gewinnen, andererseits liegt ihnen eine transparente Vorlage mit einem Vorprojekt, welches von der Grundeigentümerin, der Werner Sutter Architekten AG aus Muttenz getragen wird, vor. Mit der Vorlage möchten wir dem Einwohnerrat aufzeigen was wir wollen und sie wollen und sollen auch wissen, was der Gemeinderat plant. Der Nachtragskredit, respektive das Projekt, untersteht nicht der kantonalen Beschaffungsverordnung. Auf Anfrage beim Kanton wurde uns als Grund mitgeteilt, dass ein Stockwerkeigentum im fertig erstellten Zustand erworben wird und die Gemeinde keine Arbeiten selbst vergibt. Aus der Optik der Gemeinderates und der Verwaltung konnte mit dem vorgesehenen Neubau an der Bahnhofstrasse die beste Lösung gefunden werden. Die Gemeinde erwirbt im Stockwerkeigentum eine nach ihren Bedürfnissen erstellte Verwaltung, und erst noch mit zukünftigen Möglichkeiten für Reservenutzungen. Nicht zuletzt setzt die Gemeinde Pratteln ein Zeichen an städtebaulich bester Lage. Ein Neubau am bisherigen Standort ist negativ zu betrachten. Lange Wege bleiben, die schlechte Raumorganisation wird nicht wesentlich verbessert, Altbauten müssten massiv saniert werden und Kosten entstehen für Provisorien. Die Altbauten an der Schlossstrasse sind für eine Sanierung nicht geeignet, da einerseits die Flächenanforderungen nicht ausreichen und andererseits die bestehende Bausubstanz umfassend saniert und umgebaut werden müsste. Ein zukünftiger Raumbedarf kann auch mit einer Aufstockung eines Teilbereiches nicht erfüllt werden. Es macht keinen Sinn, in die veraltete Gebäudesubstanz zu investieren. Sanierung und Erweiterungen an der bestehenden Bausubstanz sind vom Kosten-Nutzen-Verhältnis her nicht geeignet und führen aufgrund der heutigen Grundrissdisposition zu keinen befriedigenden organisatorischen Lösungen. Eine Einmietung in den Hochhausneubau "Bruce Lee" am Bahnhof ist eine zu kostspielige Lösung mit einer Kaltmiete von rund CHF 750'000.--. Ein Kauf im Stockwerkeigentum ist hier nicht möglich. Für den Raumbedarf wurde ein sehr ausführliches Raumhandbuch erstellt. Darin sind auch alle Angaben um effiziente Betriebsabläufe bei der Verwaltung zu erreichen, berechnet worden und dargestellt. Das Raumhandbuch diente zur Ermittlung des genauen Raumbedarfs und besteht aus: -Raumbedarfsverzeichnis pro Abteilung inkl. Nebenräume, WC etc. - Flächenberechnungen mit Vergleich Ist- und Sollflächen -Etagenkommunikation - Auswertung der IST-Aufnahme mit mittelfristiger Arbeitsplatzentwicklung. Gegenüber der jetzigen Gemeindeverwaltung ergibt sich ein um ca. 40 Prozent höherer Raumbedarf. Darin und neu berücksichtigt der Einbezug der Musikschule und der Schulleitungen mit ca. 80 m2 sowie genügend Sitzungszimmer zum Mehrzweckgebrauch von

ca. 200 m². Heute sind es ca. 80 m². Grundsätzlich fehlen der Gemeinde heute ca. 25% Fläche, um effizient arbeiten zu können und um ein Sicherheitsdispositiv für die Angestellten zu installieren. In den bestehenden Räumen gibt es: -kein Sicherheitskonzept - ungenügende Anzahl Besprechungsräume -keine Diskretschalter -ungenügende Anzahl Wartezonen -ungenügende Anzahl Infrastrukturbereiche (Kopierer stehen im Gangbereich/Lange Wege/Ineffizienz/Datenschutz/feuerpolizeilich nicht mehr erlaubt) -Keine Garderobenanlagen für Angestellte (Vorgabe SECO) -Aktenablagen sind aus räumlichen Situationen zum Teil ineffizient Bauaktenablage/Personalablagen/Sozialdienst/usw.) - Nasszellen sind zum Teil ungenügend.

Der Neubau ist im Raumhandbuch mit 83 Soll-Arbeitsplätzen ausgelegt. Aktuell inklusive dem Einbezug von Musikschule und Schulleitungen sind 77 Personen in einer neuen Verwaltung tätig. Im Neubau sind auch genügend Parkplätze vorgesehen. Im Rahmen der Quartierplanänderung wird auch die Bewirtschaftung und Zuweisung geklärt werden. Eine Zuteilung ist im heutigen Vorprojektstand nicht erfolgt. Das Parkhaus unter dem neuen Gebäudeteil beinhaltet insgesamt 3 Geschosse mit über 120 Parkplätzen, exklusiv bestehendes Parkhaus unter dem Coop. Bei der bisherigen Planung ist darauf geachtet worden, dass kein Luxusobjekt entsteht. Anfänglich waren drei Stockwerke vorgesehen. Die neue Reserve kann auch später bei Bedarf ausgelöst werden Es entstehen nicht Kosten dafür. Sämtliche Funktionen sind unter einem Dach. Funktionalität und Kundenfreundlichkeit stehen im Mittelpunkt. Es ist eine kostenoptimierte zeitgemässe Lösung mit Teambüros. Die Raumorganisation führt auch zukünftig zu optimalen Arbeitsabläufen, welche auch von den Personalressourcen her positiv sind.

Zur städtebaulichen Situation kann man sagen, dass die Bahnhofstrasse als zentraler Raum wesentlich aufgewertet werden wird. Mit dem Neubau des Hochhauses am Bahnhof und der möglichen neuen Gestaltung des Bahnhofplatzes wird diese wichtige Axe weiterhin noch an Bedeutung als verkehrstechnische und publikumsintensive Eingangspforte in die Gemeinde zunehmen. Die Bahnhofstrasse wird Lebensnerv der Gemeinde mit Post, Banken, Dienstleistungsbetrieben, Einkaufsgeschäften und dem Verwaltungsneubau als Begegnungsraum für Jedermann. Der geplante Standort an der Bahnhofstrasse ist ein nachhaltig optimaler und publikumsintensiver Standort in der Gemeinde, welcher genutzt werden kann. Auch in vielen Jahren wird dieser Standort mit weiteren Entwicklungen in der Gemeinde goldrichtig sein. Das bisherige Areal der bestehenden Gemeindeverwaltung kann im Baurecht an Dritte abgegeben werden. Auflagen bezüglich der Nutzung sollen der demagogischen Entwicklung folgen und ein altersgerechtes Wohnen ermöglichen. Für den weiteren Verlauf der Planung, ist im neuen Jahr die Konstituierung einer begleitenden Planungskommission vorgesehen, in welcher auch Mitglieder des Einwohnerrates vorgesehen werden können.

Peter Hegi: Ich bin Inhaber der Firma bbo-Planungen, die 1973 gegründet wurde, und seither für Gemeindeverwaltungen Organisationsprojekte macht. Unsere Erfahrung basiert darauf, dass wir von innen nach aussen planen und nicht umgekehrt. Die Gemeinde Pratteln hat ein Projekt und darüber möchte ich sie informieren.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation zeigt Herr Hegi einen virtuellen Rundgang durch ein mögliches Verwaltungsgebäude, wie es gegenwärtig in Erarbeitung ist. Die wichtigsten Punkte seiner mündlichen Ausführungen: Für eine öffentliche Verwaltung wichtig sind die sog. Diskretkabinen, d.h. kleine Sitzungszimmer für 2 oder 3 Personen, die diskrete Fragen behandeln können, ohne dass noch fremde Ohren mithören. Der Empfang gibt einen ersten Eindruck beim Betreten der Gemeindeverwaltung. In den letzten Jahren wurde die Sicherheit der Gemeindeangestellten immer wichtiger. Deshalb werden nur noch Gemeindeverwaltungen gebaut, wo jede Abteilung einen Anlaufschalter und einen Diskretschalter hat, damit sowohl Personensicherheit als auch Datenschutz gewährleistet sind. Die Büros sind so aufgeteilt, dass es vereinzelte Einzelbüros gibt (Abteilungsleiter oder Jurist und ansonsten Teambüros. In grösseren Verwaltungen wird nur noch in Teambüros geschafft. Steh- und Diskretschalter sind ebenfalls wichtig, damit die Angestellten einen Kunden bei Bedarf vom Stehschalter zum Diskretschalter führen können. Wie kommt man zu einer Flächenberechnung für eine Gemeindeverwaltung? Wir haben eine Untersuchung durchgeführt: Wo sind die Engpässe? Wo gibt es ineffiziente Ver-

hältnisse usw. Für jede Abteilung wurde ein Betriebsablauf erstellt, was die Anzahl der m² für die neue Verwaltung ergab. Wenn wir von Nutzungsflächen reden, handelt es sich um Nettoflächen. Jedes Haus hat eine Liftzone, Treppenhäuser, Säulen, Fassaden usw. Dies alles gehört zur Bruttogeschossfläche. Wenn wir Wettbewerbe machen, sagen wir, dass die unterste Limite 66% Netto- zu Bruttofläche ist, die erreicht werden muss. Nach der Erstellung des Raumhandbuches haben wir gesagt, grundsätzlich sollten wir in Pratteln versuchen, auf 70% zu kommen. Bei der Überarbeitung des Projektes in mehreren Schritten zusammen mit Architekturbüros gelangten wir zu 72%, was im Vergleich mit anderen Gemeinden relativ hoch ist. Im 1. Untergeschoss ist die IT/EDV-Abteilung untergebracht und zusätzlich ein Drucksachenlager. Im 2. Untergeschoss sind archiv- und Lagerräume. Im Erdgeschoss gibt es 2 verschiedene Korridorzonen: eine Nachtzone und eine Tageszone. Wichtig ist, wenn der reguläre Betrieb schliesst, in der Mitte eine Schiebetür zumachen können, damit sie als Einwohnerräte jederzeit von der hinteren Seite ins Haus gelangen beispielsweise zum Gemeinderat. Die Tagzone wird also ab einem gewissen Zeitpunkt geschlossen sein, ist aber von der hinteren Zone oder der Tiefgarage aus bedienbar. Herr Hegi setzt den virtuellen Rundgang fort. Ein Geschoss höher ist die Aufteilung unterschiedlich, weil in der Mitte eine offene Zone vorhanden ist und daher dort Arbeitsplätze angebracht werden können. Dies bedeutet, dass nun hier eine sehr grosse öffentliche Zone vorhanden ist, aber verzweigt und dies bedeutet, dass man eine gute Kundenlenkung in diesem Bereich haben muss. Herr Hegi zeigt die einzelnen Abteilungen in virtueller Form. D. h. die gesamte Gemeindeverwaltung konnte auf 2 Geschossen untergebracht werden. Zu Beginn hatte das Projekt 3 Geschosse und rund 450m² mehr Fläche. Auf Grund der guten Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro konnten wir nun auf 2 Geschosse reduzieren und die Gesamtfläche ebenfalls. Sehr viel Mobiliar wird gezügelt werden. Unsere Zielpunkte: -kundenorientierter Dienstleistungsbetrieb -hohe Effizienz -hohe Gebäude-Flexibilität -hoher Kosten- / Nutzungsgrad (Nachhaltigkeit) -langfristige Investition (40 Jahre). Es muss eine langfristige Investition und ein nachhaltiges Projekt sein. Dies ist für uns sehr wichtig.

Herr Hegi zeigt den Ist-Zustand der Verwaltung anhand einiger Bilder: Zuwenig Ablageflächen in den Büros, teilweise zu eng, teilweise arbeiten Personen körperlich sehr nahe beieinander; Büroräume werden als Lager gebraucht usw. Es ist tatsächlich so, ob sie nun einen Neubau machen oder nicht, es fehlen im Ist-Zustand ca. 500m², dass die Verwaltung effizient arbeiten kann.

GR Max Hippenmeyer: Warum ein Nachtragskredit? Wir haben keine Position im Budget gehabt, um die Planung voranzutreiben. Es wurde schon sehr viel gearbeitet und wenn wir es ins Budget genommen hätten, hätte es wahrscheinlich eine Sondervorlage als Folge gehabt und so gewinnen wir nun 8 – 9 Monate Zeit. Dies war der Grund dafür. In der Folge erläutert GR Max Hippenmeyer mittels PowerPoint-Folien die Finanzierung der neuen Gemeindeverwaltung. Die wichtigsten Punkte seiner Ausführungen:

Ausgangslage: Kostendach von CHF 15 Mio. für die schlüsselfertige Übernahme im Stockwerkeigentum. Zusatzkosten von CHF 1 Mio. für Mobiliar, die heutige Gemeindeverwaltung ist vollständig abgeschrieben (Buchwert = 0).

Vorfinanzierung: Stand Vorfinanzierung per heute: CHF 6 Mio. Geplante zusätzliche Einlage des Verkaufserlöses Schulanlage Fröschmatt von CHF 2 Mio. Total CHF 8 Mio. oder 50% der Erwerbskosten inkl. Zusatzmobiliar.

Kapitalkosten:

Abschreibung Immobilien:	CHF 7 Mio. auf 40 Jahre	CHF 175'000
Abschreibung Mobiliar:	CHF 1 Mio. auf 10 Jahre	CHF 100'000
Verzinsung Fremdkapital:	CHF 10 Mio. zu 3,50 %	CHF 350'000
Total jährliche Belastung:		CHF 625'000

Einsparungen / Einnahmen: Wegfall externe Mietkosten CHF 32'000, Ertrag Baurechtszinsen CHF 168'000, Total Einsparungen CHF 200'000. Weitere Einsparungen wie z.B. wesentlich tiefere Energiekosten und Nebenkosten sind hier nicht berücksichtigt.

Auswirkungen: Jährliche Kapitalkosten CHF 625'000, Einsparungen / BRZ CHF 200'000

Total Mehraufwand CHF 425'000. Die laufende Rechnung wird ab 2014 oder 2015 somit mit CHF 425'000 mehr belastet. Nicht berücksichtigt sind Teuerung und Zinsentwicklung (Kompensation durch höhere Steuereinnahmen).

Fazit: Mehrbelastung ab 2014 oder 2015 ohne nachhaltigen, negativen Einfluss verkräftbar. Effektive Kosten sind standortunabhängig. Wesentliche Mehrkosten bei Projekt am heutigen Standort durch zusätzliche Planungskosten und Provisorium von ca. CHF 2 Mio. Die Projektkosten werden bei Kauf im Stockwerkeigentum gutgeschrieben.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

Eintreten

Stephan Ackermann: Herzlichen Dank für die geballten Informationen; ich bin fast etwas „erschlagen“ davon. Es wurde aufgezeigt, dass der Gemeinderat schon sehr weit ist und nun endlich kommt, weil schon viel davon zu hören war und auch auf der Verwaltung immer wieder etwas zu sehen war und man sich gefragt hat Wann kommt der Gemeinderat endlich zu uns, um den Puls zu fühlen, damit der Einwohnerrat eine spätere Vorlage wieder zurückschickt oder ablehnt. Es wäre schade um das viele Geld und die Stunden, die aufgewendet wurden. Uns wurden die Punkte Vermietung, Ausbau, Renovation oder Neubau vorgestellt. Unsere Fraktion begrüsst es sehr, dass sich der Gemeinderat nicht einmieten will, denn dies wäre für unsere Fraktion überhaupt nicht in Frage gekommen. Erst recht unbestritten nach dieser Präsentation ist, dass mehr Platz nötig und schon seit längerem bekannt ist und immer wieder aufs Eis gelegt wurde, weil andere wichtige Investitionen davor standen. Eine Randbemerkung: Die Verwaltung braucht mehr Platz, obwohl man die bestehende Gemeindeverwaltung zu einem Zeitpunkt gebaut hat, als man annahm, Pratteln werde bezüglich der Bevölkerungszahl explodieren, was nicht passiert ist und wir brauchen trotzdem deutlich mehr Platz. Wichtig ist auch, dass eine Verwaltung an zentraler Lage liegt und daher kommen nur die beiden heute Abend erwähnten Standorte in Frage. Bei Studieren der Planunterlagen haben wir festgestellt, dass die Raumnutzung über 2 Stockwerke immer noch ziemlich knapp ist und die 2'600m² nur knapp erreicht werden. In der Fraktion haben die absehbaren Minimalkosten Kopfschütteln ausgelöst, weil das Projekt an der Bahnhofstrasse mindestens CHF 15 Mio. kosten soll. Wenn man einen Blick in den Finanzplan 2010/2014 wirft, den der Einwohnerrat damals genehmigt hat, reiben wir uns die Augen, denn dort ist noch von CHF 8.6 Mio. die Rede und nun 1 Jahr später reden wir von CHF 16 Mio., also fast doppelt so viel und wie geht dies weiter? Das kommt für uns nicht in Frage und wir erwarten vom Gemeinderat, dass er ein Projekt vorlegt, das den Kostenrahmen einhält. Aus unserer Sicht ist eine Aufstockung und Sanierung der bestehenden Verwaltung nicht absolut vom Tisch. Aus diesem Grund sind wir gegen den Nachtragskredit von CHF 220.000 und falls dem Kredit wider Erwarten zugestimmt werden sollte, haben wir noch verschiedene Punkte und Anregungen, die uns wichtig sind und in die Planung einfließen sollten. Zum Beispiel ist das Gebäude im gesetzlichen Mindeststandard des Minergiestandards geplant, was wir sehr bescheiden und der Energiestadt Pratteln nicht würdig finden. Dies soll der Gemeinderat auf jeden Fall im Auge behalten und es kommen später noch weitere Anregungen, sollte dem Kredit zugestimmt werden.

Rolf Hohler: Schon wieder wird man von der Presse vorinformiert, was irgendwann im Einwohnerrat kommt, sprich, wo die neue Gemeindeverwaltung kommen soll. Grundsätzlich sind wir für Eintreten, wir sind für eine neue Verwaltung, aber wir möchten hier nicht die Katze im Sack kaufen. Die Vorlage ist ja, wie schon andere dieses Jahr, eine sehr schlechte Vorlage. Wir haben heute Abend einen Teil der Zahlen bekommen, die uns in der Vorlage gefehlt haben. Wir sind erstaunt über diese Vorlage „Bewilligung für einen Nachtragskredit für eine Planung“. Mir kommt es vor, als ob der Einwohnerrat vom Gemeinderat vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollte. Warum müssen wir einen Nachtragskredit bewilligen? Es sieht so aus, als ob sich der Gemeinderat schon ent-

schieden hätte, wo die neue Verwaltung hinkommt, wer die Planung macht und das ganze Paket ist schon vorhanden. Es sieht aus, als ob der Auftrag für die Planung schon vergeben wäre und nun noch schnell Geld für dieses Jahr verlangt wird. Warum diese Eile? Auf ein halbes Jahr kommt es auch nicht mehr darauf an. Warum kann man diesen Betrag nicht ins Budget 2011 nehmen und man hätte diese Abstimmung hier sicher laufen lassen können. Die Vorlage vor uns sagt nichts aus über Folgekosten, Betriebskosten, Abschreibungen usw. Meine Meinung ist, bei einer Vorlage, bei der es um CHF 15 Mio. geht, müssen alle Kosten vorhanden und ersichtlich sein. Die Varianten sind zwar erwähnt, aber aus meiner Sicht absolut ungenügend aufgezeigt. Zum habe ich eine Frage: Wie viel dieser CHF 220.000 sind schon verbraucht oder war diese Show heute Abend gratis? Wir von der SVP-Fraktion weisen das Geschäft mit Nachdruck an den Gemeinderat zurück und bitten den Gemeinderat, eine richtige Vorlage mit allen Fakten und Informationen vorzulegen, die alles, auch die Varianten, schriftlich enthält, sodass ein Aktenstudium vorgenommen werden kann, wie es sich gehört.

Mario Puppato: Wenn ich nun Rolf Hohler gehört habe, so habe ich den Eindruck, wir würden bereits einen Kredit von CHF 15 – 18 Mio. sprechen. Ich habe gelesen, wir reden über einen Kredit von CHF 220.000 und wir sollen uns auf dies konzentrieren. Für uns von der FDP ist unbestritten, dass die Zustände auf der jetzigen Gemeindeverwaltung nicht mehr haltbar sind. Die Gemeindeangestellten brauchen bessere Arbeitsplätze, dass sie besser arbeiten können, kürzere Wege haben und es effizienter ist. Dies ist auch ein Kostenfaktor, wenn es besser funktioniert. Über den Standort einer neuen Gemeindeverwaltung haben wir diskutiert und gelernt, dass es wirklich nicht möglich ist, die alte Gemeindeverwaltung abzureissen und an diesem Standort etwas Neues zu machen. Es gäbe hohe Zusatzkosten für Zwischenmieten in Baracken. Diese Variante haben wir deshalb verworfen. Wo stehen wir nun? Wir sehen, dass eine neue Gemeindeverwaltung notwendig ist; der Standort ist vorgegeben und um dies auszuschaufen, brauchen wir einen Kredit von CHF 220'000. Was heisst das? Wir sitzen jetzt im Zug, sind aber noch nicht in der Endstation. Wir wissen aber, dass die Endstation eine schöne neue Gemeindeverwaltung sein wird. Wir wissen noch nicht, ob sie CHF 15 oder 18 Mio. kosten wird. Wenn wir nun die CHF 220'000 sprechen, kommt der Kondukteur und sagt: So sieht das Ziel aus und so viel kostet es. Dann haben wir später 2 Möglichkeiten: Wir ziehen die Notbremse und sagen nein, das wollen wir nicht und dann hat es uns CHF 220'000 gekostet. Wenn wir heute ja sagen, müssen wir damit rechnen, dass uns eine Vorlage vorgelegt wird, in der es heisst, man muss CHF 15 – 18 Mio. in die Hände nehmen. Auch wir haben diskutiert, ob die Vorlage zu wenig ausführlich sei. Wenn die Vorlage schon im Detail vorliegen würde, würden wir ja keinen Projektkredit benötigen und wir hätten eine Detailvorlage. Wir meinen, es ist vertretbar, den Betrag von CHF 220'000 jetzt auszugeben und dann haben wir später alle Detailaussagen, und behalten uns vor, wenn dies kommt, doch zu sagen: nein, so wollen wir es nicht, dies ist übertrieben in Sachen Raumbedarf, Preis pro m2 und wir müssen noch ein Mal zurückgehen. Aber im jetzigen Moment glauben wir, ist es richtig und wir beantragen Eintreten und Direktberatung.

Gert Ruder: Die SP-Fraktion sieht die Vorlage, so wie sie hier liegt, als gute Vorlage an. Sie ist kurz und bündig und für uns sehr informativ, weil sie einem Projektierungskredit angemessen ist. Wenn noch die Detailunterlagen dazukommen, die uns heute präsentiert wurden, weiss man schon ausserordentlich viel zu einem Zeitpunkt, in dem es noch um die Projektierung geht. Genau deshalb, weil wir so viel wissen und sehen, dass der Gemeinderat schon abgewogen hat, wo der Standort der Gemeindeverwaltung sein könnte, ist die SP-Fraktion der Meinung, dass es der richtige Standort ist. Weiter sind wir Meinung, dieses Geschäft wirklich hier und heute direkt zu beraten. Wir sehen keine grossen Haare in dieser Suppe und wenn es dann an die Direktberatung geht, haben wir das eine oder Andere für den Gemeinderat und den einen oder anderen Kommentar zum Kommentar der beiden Gemeinderäte, die geredet haben. Ich bitte sie also, stimmen sie dem Eintreten und der Direktberatung zu.

Urs Hess: Rolf Hohler hat es schon gesagt: Diese Vorlage genügt nicht. Es ist interessant, wenn man merkt, dass es im Einwohnerrat ein gewisses Unbehagen auslöst, dass man eine Orientierungsveranstaltung machen kann und man sollte im Prinzip hier her stehen und sagen: Jawohl, wir wollen jetzt CHF 220'000 bewilligen, im Hinterkopf, dass es nachher eventuell CHF 18 Mio. kostet. Unser Finanzminister hat natürlich eine Milchbüchleinrechnung mit absichtlichen Fehlern gemacht. Das Geld, das er hat, wurde nicht kapitalisiert, dies gehört kapitalisiert, auch wenn man es schon auf der Seite hat. Darum ist der einzige richtige Weg, das Geschäft zurückzuweisen. Die Vorlage kann noch einmal mit den Punkten gebracht werden, über die ihr uns heute informiert habt. Nachher lässt sich sauber auf das Geschäft eintreten und es beraten. Darum bitte ich euch, das Geschäft heute zurück zu weisen.

GR Max Hippenmeyer: Ich musste feststellen, dass die Akustik schlecht ist, aber dass sie so schlecht ist, dass die SVP nicht versteht, was wir ausgeführt haben, hat doch überrascht. Ich habe versucht, die finanziellen Konsequenzen und auch Abschreibungen aufzuzeigen, obwohl es gar nicht Gegenstand der jetzigen Vorlage ist. Wir stimmen über einen Planungskredit ab. Mario Puppato hat sehr gut geschildert, um was es hier geht und wir führen jetzt keine Diskussion, ob das Büro von diesem Mitarbeiter und das WC am richtigen Ort sind. Ich frage mich, was es ändert, wenn ihr es zurückweist und wir es ins Budget nehmen? Dann diskutieren wir im Dezember genau gleich ellenlang über dieselben Sachen? Was ändert sich? Der Gemeinderat hat nicht entschieden. Es gibt aber sehr wenig Alternativen zu einem Standort der Gemeindeverwaltung und genau aus diesem Grund wollen wir einen Planungskredit, um abzuklären, was kann man machen, was kostet es usw. Weiter hat Herr Sutter als Bauherr nun rund CHF 400'000 für Planungen im Zusammenhang mit der Gemeindeverwaltung ausgegeben und es erscheint sinnvoll, dass er hier eine Kostenbeteiligung verlangt. Dies ist normal und es scheint mir nicht so, dass die Firma Marti Millionenbeträge für Planungen ausgibt und gar nicht weiss, ob etwas später auch zustande kommt. Daher macht es wenig Sinn, die Vorlage zurückzuweisen. Ich selber habe nicht an dieser Vorlage gearbeitet und darf daher sagen, dass die Vorlage gut und ausgereift ist und dass sie zum jetzigen Zeitpunkt ausreichend vermittelt oder eventuell schon zu viele Informationen enthält. Wenn ihr es zurückweisen wollt, sagt doch, dass ihr keine neue Gemeindeverwaltung wollt, das ist ehrlich und sagen, wir nehmen es ins Budget und schauen nachher, ist nicht ehrlich. Es geht auch darum, dem Personal gute Arbeitsbedingungen zur Verfügung zu stellen und dies hat auch eine gute Arbeitsleistung zur Folge.

Emanuel Trueb: Die CVP ist für Eintreten und Direktberatung. Auf die Vorlage mit Zurückweisung zu reagieren ist nicht gut. Es ist allen klar, dass wir eine neue Gemeindeverwaltung brauchen. Es ist auch klar, dass die zur Verfügung stehenden Standorte nicht so zahlreich sind und es zeichnet sich ab, dass sich eine Gelegenheit bietet, die für uns finanziell auch nicht uninteressant ist. Ob wir nun als Gemeinde an diesem Standort mitmachen oder nicht, ändert nichts daran, dass Werner Sutter das Grundstück bebauen wird. In der jetzigen Phase wurde verhältnismässig viel Geld für Planungsleistungen beansprucht. Und nun kann die Gemeinde, und das ist das Gute an dieser Situation, für einen verhältnismässig geringen Betrag weitere Planungsleistungen einkaufen, um nachher eine gute Vorlage zu erhalten. Ich bin der Meinung, dies ist sehr gut und darum sollten wir jetzt Eintreten und Direktberaten.

Urs Hess: Das kann ich nicht so stehen lassen und du, Max, wirst es begreifen. Es ist ganz klar, wir haben es erwähnt, eine neue Verwaltung ist für uns unbestritten. Du bist noch eine Antwort schuldig; zu diesen CHF 220.000 haben wir gefragt, wie viel davon schon verbraucht ist. (Zwischenruf von **GR Max Hippenmeyer:** Null Franken sind verbraucht). Ich muss klar noch einmal sagen: Die Vorlage ist wirklich nicht sauber. Die Folgekosten, die es aus diesen CHF 220'000 gibt, sind enorm und diese müssen vorher sauber aufgezeigt sein. Es geht uns nicht darum, dass wir keine neue Gemeindeverwaltung wollen, das ist für uns absolut unbestritten. Nebenbei wird erwähnt, dort, wo die Gemeindeverwaltung jetzt ist, ist es nicht so gut und könnte teurer werden. Die anderen

beiden Standorte wurden ebenfalls abgeklärt und sind eventuell teurer und bei einem Standort kann man nur mieten. Für mich ist klar, dass eine Gemeindeverwaltung ins Eigentum der Gemeinde gehört und nicht ein Mietobjekt sein kann. GR Max Hippenmeyer hat heute Abend eine Menge Informationen gegeben und diese Informationen will ich in der Vorlage. Was es später kostet, welche Auswirkungen die CHF 18 Mio. haben. Es kann nicht sein, dass man dies an der Sitzung dem Einwohnerrat an den Kopf wirft und sagt: Vogel friss oder stirb und nachher bringen wir dies dann. Seriös ist, wenn diese Inhalte bereits jetzt in der Vorlage sind und darum sage ich es noch einmal ganz klar: Weist die Vorlage zurück.

GR Rolf Wehrli: Wir müssen aufpassen, dass wir das Richtige mit dem Richtigen vergleichen. Sonst müssen wir mit einer Kreditvorlage kommen, um eine solche ausführliche Vorlage zu finanzieren, dass wir einen Planungskredit auslösen. GR Max Hippenmeyer hat es deutlich gesagt. Um die Kosten im Detail zu eruieren, wir bieten sogar eine Planungskommission unter Beteiligung des Einwohnerrates an, brauchen wir diesen Kredit. Wir haben heute sehr viele Informationen aus reiner Transparenz in den Einwohnerrat gebracht. Der Einwohnerrat hat sehr viele Informationen erhalten aus der glücklichen Situation mit dem jetzigen Standort heraus und diese Informationen können wir nun verwerten. Im Detail können wir dies wirklich erst ausarbeiten, wenn ein Planungskredit vorliegt und vorher geht es nicht oder es kostet Geld, damit wir dies ausschaffen können. Zuerst müssen wir einen Planungskredit haben und dann kann man die Details ausschaffen. Die Grundlage, diesen Planungskredit zu sprechen, hat der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung heute Abend geliefert.

Stephan Ackermann: Es ist unbestritten, dass wir in einer guten Situation sind, schon viele Informationen haben und uns darüber unterhalten können. Jedoch, und da gebe ich Urs Hess Recht, wäre es von Vorteil, wenn man schon im Vorfeld aufzeigen würde, wie man CHF 15 – 18 Mio. finanzieren will. Aus meiner Sicht hat es GR Max Hippenmeyer heute Abend gemacht und es wäre von Vorteil gewesen, wenn es schon in den Unterlagen gewesen wäre. Ich hoffe, dass diese Darstellungen mindestens dem Protokoll angeheftet sind, so dass diese Ausführungen aktenkundig sind. Zum Punkt, den ich früher angesprochen habe, wie man von CHF 8.6 Mio. im Finanzplan nun auf CHF 15 Mio. kommt, sollte sich der Gemeinderat noch äussern, sonst frage ich mich, für was wir das Planungsinstrument Finanzplan haben, wenn die Zahlen 1 Jahr später so stark explodieren. Im Finanzplan sind ja noch andere Investitionen enthalten, die auf uns zukommen und diese dürfen wir nicht ausser Acht lassen und uns nur auf die Gemeindeverwaltung fokussieren. Wie wichtig es auch ist, unsere Gemeinde hat einige Investitionen in der Pipeline und wir müssen dies alles finanzieren. Was, wenn sich nun alles, was im Finanzplan ist, sich innerhalb eines Jahres verdoppelt?

Bruno Baumann: Herzlichen Dank für die Darstellung; mir hat sie imponiert und ich danke. Für uns ist dies sehr gut. Ich möchte von der SVP wissen, was fehlt und was ist nicht gut? Stellt konkret Fragen, damit diese hier beantwortet werden und wir weiterarbeiten können, damit es nicht verzögert und herausgeschoben wird. Ich habe gehört, es fehle etwas und die Vorlage sei nicht ausgereift, aber ich möchte wissen, was die SVP meint, das fehlt.

GR Max Hippenmeyer: In der Hitze des Gefechtes ist diese Antwort untergegangen. Die neue Gemeindeverwaltung ist nicht erst seit gestern im Investitionsplan. Der Betrag von CHF 8 Mio. wurde bis vor 1 Jahr fortgeschrieben und nun hat man gemerkt, dass dieser Betrag nicht ausreicht und dies nicht zuletzt auf Grund des neuen Wissensstandes durch diese Vorarbeiten, die die Gemeinde nichts gekostet haben. Nun sind die Zahlen revidiert und ich war der erste, der gesagt hat, wir müssen die neuen, noch höheren Zahlen publizieren. Ich habe dann ein Veto eingelegt und gesagt, stopp, CHF 15 Mio. müssen ausreichen und für mich persönlich ist es das Kostendach, Teuerung natürlich ausgenommen. Es kann nicht sein, dass man sagt, es kostet CHF 15, nein CHF 17 Mio. sondern wir setzen einen fixen Deckel. Die letzte grosse Investition der Gemeinde Prat-

teln war vor 25 Jahren (KUSPO) und heute möchte niemand das KUSPO missen und seinerzeit dachte man: Das stösst uns an Grenzen, was es auch fast tat. Es braucht eine gewisse Vision, vorwärts zu schauen und keiner hierin würde heute sagen, das KUSPO machen wir nicht, es ist viel zu teuer. Wir reden heute nicht über das Detailprojekt, sondern einen Projektierungskredit, der uns nachher ermöglicht, die genauen Kosten zu eruiieren. Wenn wir nachher die Vorlage bringen und herausfinden, es kostet CHF 16 Mio. oder CHF 17 Mio., kann der Einwohnerrat kommen und sagen: Nehmt es zurück und geht noch einmal über die Bücher. Damit wir überhaupt so weit kommen, müssen wir etwas Geld in die Finger nehmen. Mario Puppato hat es mit dem Kondukteur sehr gut gesagt und die Idee heute Abend war, dem Einwohnerrat aufzuzeigen, ob es ein Vabanquespiel ist oder nicht und ich behaupte, es ist keines.

Rolf Hohler: Hier, was wir für Informationen in einer Vorlage möchten: Bei den Standortoptionen wird Verschiedenes angeschnitten: Einkauf, Coop-Häring Überbauung usw.. Ich will wissen, welcher Standort wurde geprüft, wie wurden diese geprüft und wie verhalten sich. Das, was hier zusammengetragen wurde, lässt sich an jedem Standort ebenfalls machen. Dann ist es am Einwohnerrat zu entscheiden, für was er einen Planungskredit spricht, entweder am bestehenden Standort oder Coop-Häring oder Coop-Parkplatz. Für mich ist auch Bruce Lee mit Einmieten keine Variante, die Gemeindeverwaltung soll der Gemeinde gehören und mieten kommt nicht in Frage. Das sind Zahlen und Fakten, die unserer Fraktion in dieser Vorlage fehlen, nämlich zu den verschiedenen Standorten und den Kosten. Dann lässt sich ein sauberer Entscheid fällen, wo und wie man den Planungskredit ausgeben will.

GR Rolf Wehrli: Hier noch einige Antworten. Was wir nun seit 1 Stunde oder mehr diskutieren, ist ein Mehrfaches dessen, was wir bisher für die Vorlage in Bezug auf Abklärungen möglicher Standorte taten. Die Investoren warten nicht auf die Gemeinde Pratteln. Wenn sie ihre Rendite sehen, wird das Gebäude gebaut. Beim Coop-Parkplatz könnte morgen ein Baugesuch eingereicht und der Bau erstellt werden. Die Quartierplanerweiterung kommt zwar vor den Einwohnerrat, aber von Gesetzeswegen kann er bauen. Der Zeitfaktor spielt hier eine Rolle. Bei Bruce Lee haben wir lange dafür gekämpft und haben alle Alternativen, auch mieten, geprüft. Bestehender Standort oder Coop-Häring oder in einem anderen neuen Gebäude: Es ist praktisch überall gleich teuer. Damit weitere Detailberechnungen gemacht werden können, wo ich ihnen keine Zahlen nennen kann, brauchen wir den Planungskredit, ob es nun für den jetzigen oder einen anderen Standort ist. Den hier vorgeschlagenen Standort sehen wir als ideal und gehen darum mehr in Details. Es ist einer der besseren Standorte: Entweder das bestehende Areal oder Coop-Parkplatz. Bruce Lee ist gestorben und Häring ist nicht so ideal von Standort her. Bis heute hat es uns Null Franken gekostet und der Einwohnerrat hat eine Vorlage mit Plänen und Raumhandbuch und nun müssen wir Geld in die Finger nehmen, damit wir weiter arbeiten können.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag von Rolf Hohler

://: Der Rat lehnt einen Rückweisungsantrag von Rolf Hohler, SVP, mit 11 Ja zu 26 Nein bei 2 Enthaltungen ab.

Detailberatung

Gert Ruder: Wir haben einige kleinere Sachen in dieser guten Vorlage zu bemängeln. Wir sind der Meinung, dass Lift und Treppenabgang an den Ecken Nordost absolut am falschen Ort sind. Wir haben festgestellt, dass die Planung, soweit sie fortgeschritten ist, doch noch nicht ganz abgeschlossen ist, weil der Zugang zum Fahrradkeller über eine Treppe erfolgt und dies kann wirklich nicht sein. Dies muss mit Bestimmtheit korrigiert werden. Das 3. Obergeschoss dient als Option und ich würde gerne wissen, wann es so

weit sein könnte, dass dieses 3. Geschoss eingelöst wird. Wir reden hier von 40 Jahren. Ist dies schon 5 Jahre nach dem Bau oder erst nach 15 oder 20 Jahren und von was ist dies abhängig? Zum Parkhaus: Wer benutzt das Parkhaus und wie ist es organisiert? Ich gehe davon aus, dass viele der Gemeindeangestellten auch in Pratteln wohnen und keinen Parkplatz brauchen. Wie gedenkt der Gemeinderat mit der Parkplatzzuweisung umzugehen? Zu einer Ausführung von GR Rolf Wehrli bin ich stutzig geworden zu der Aussage, der Bau unterstehe nicht der Submissionsordnung. Für mich als Sozialdemokrat und engagierter Arbeitnehmervertreter ist doch wichtig, dass, wenn später ausgeführt wird, alle Lieferanten und Handwerker auch branchenübliche Löhne haben und vorzugsweise einem Gesamtarbeitsvertrag oder dem Landesmantelvertrag unterstellt sind. Dies ist für mich wesentlich und wichtig und ich erwarte vom Gemeinderat, dass, wenn es um die Kreditvorlage geht, dies sicher gestellt ist. Es wurden Zahlen genannt, wir wurden ja mit sehr vielen Informationen gefüttert. Man geht von 83 Soll-Arbeitsplätzen aus und zurzeit brauchen wir 77. Stellt die Differenz die Reserve dar und wie lange braucht man sie? Wir haben ausführliche Informationen zu den Finanzen erhalten und leider konnte es GR Max Hippenmeyer nicht unterlassen, einen seiner Nadelstiche zu platzieren und ich möchte mich davon distanzieren, dass man ein Bauvorhaben damit begründet, dass es nur ein Bruchteil der Sozialausgaben ist. Dies ist verfehlt. Ich bitte den Gemeinderat, dies aufzunehmen und vielleicht schon zu kommentieren.

Urs Hess: Wenn wir nun über den Nachtragskredit befinden, möchte ich vom Gemeinderat klar wissen, welche Gedanken er sich zur Finanzierung gemacht hat. GR Max Hippenmeyer wollte uns Sand in die Augen streuen und hat gesagt, CHF 8 Mio. haben wir, dies ist gratis, also verzinsen wir nur die anderen CHF 8 Mio. und dann kostet es uns nichts mehr und dann haben wir noch einen Baurechtszins, da ziehen wir auch noch ab und am Schluss haben wir fast gratis etwas. Zu den Betriebskosten hat man nichts gesagt, diese sind unabhängig vom Standort, also erwarte ich, dass so etwas klar aufgezeigt wird und wenn man die Hälfte mehr Fläche hat, kostet es wahrscheinlich auch die Hälfte mehr. Pratteln ist Energiestadt und wenn man schon eine Berechnung macht, bauen wir in Minergie P.

Patrick Weisskopf: Wir treffen mit dieser Planung einen Vorentscheid für die nächsten 40 Jahre, wo es darum geht, ob man Stockwerkeigentum oder an anderem Standort Eigentum hat. Darum ist uns wichtig, dass man diesen Standort aus städtebaulicher Sicht anschaut. Was heisst das? Dieser Bau hat ja sehr viele überhängende Sachen und man sieht nichts Grünes. Aus städtebaulicher Sicht würde ich es begrüßen, wenn die Bahnhofstrasse etwas mehr Grün hätte und eine grüne Flaniermeile würde. Der Überhang an diesem Gebäude bedeutet aber auch, dass die unteren Büros relativ dunkel sind. Ein Zurücksetzen dieses Gebäudes würde sicher Sinn machen. Wenn man das Gebäude im 2. Stock zurücksetzt, hätte dies Auswirkungen auf die gesamten Raumflächen. Wir haben heute gehört dass 66% Nettofläche zu Bruttofläche ein Zielwert ist. Der Gemeinderat hat aber schon daran herumgeschraubt und ist auf 72% heraufgegangen. D. h. man hat nichts anderes gemacht, als die Fläche zu verdichten, um das obere Geschoss als Option zu erhalten. Wenn ich nur schon Verdichtung höre, gibt es ein komisches Gefühl im Bauch. Ich finde es gut, wenn man bei der Planung berücksichtigen würde, was braucht es tatsächlich, dass es eine offene, publikumsfreundliche Fläche ist. Wir wollen ja Privatsphäre bei Steh- und Sitzschaltern haben und es sollte nicht jemand direkt dort vorbeilaufen. Dementsprechend ist eher ein Wert von 66% anzustreben. Wir haben uns auch die Frage nach den Parkplätzen gestellt. Coop verliert nun viele Parkplätze, die in das Parkhaus verlagert werden. Auch die Gemeindeangestellten und Besucher werden Parkplätze brauchen und es muss abgeklärt sein, wie viele Parkplätze die Gemeinde auf Dauer benötigt und was diese kosten. Rechnet bitte das Projekt mit 3 Stockwerken für die Gemeinde durch und zwar für die 2'600m² und nicht 2'200m². Heute werden bereits 1'800m² benötigt und ihr seht, wie das aussieht. Die nächsten Generationen werden dankbar sein, denn Ausbauen könnt ihr nicht mehr, wenn es steht und vermutlich wird in 10 Jahren das Gebäude schon voll sein. In einem eigenen Bau hat man mehr Möglichkeiten. Eine Wertstoffsammelstelle ist nicht vorgesehen. D. h. wenn ich bei Coop einkau-

fe, kann ich meinen Wertabfall nicht mehr abgeben. Diese Reserve müsste vorgesehen werden. Standortmässig, d. h. ob nun am neuen oder am alten Standort, macht für mich keinen grossen Unterschied. Den alten Standort kann ich mit Tram und Bus erreichen, den neuen Standort mit dem Tram und von Bahnhof her ist es auch kein Problem. Bitte lasst die Kritik positiv einfließen, damit wir etwas haben, was längerfristig hält.

Stefan Löw: Es ist eine relativ einfache Vorlage. Wir diskutieren über einen Projektierungskredit von CHF 220'000 zur Ausarbeitung einer Vorlage, die wir später im Detail beraten können. Wenn wir jetzt beginnen, bauspezifische Sachen zu diskutieren, sind wir erstens dazu gar nicht in der Lage und haben nicht die notwendigen Qualifikationen und es ist der falsche Ort. Ich bitte euch daher, wieder zu dem zurück zu kommen, und über das zu diskutieren. Es geht ganz klar darum, dass wir eine Planung der neuen Gemeindeverwaltung erhalten und wer das machen muss, ist auch klar. Der Auftrag geht an den Gemeinderat und seine Leute und die beigezogenen Büros. Ob es nun nach vorne oder nach hinten geht, oder sonst wie, ist heute nicht Gegenstand der Diskussion, sonst sind wir noch in 1 Stunde dabei und kommen nicht vom Fleck. Der Standort ist unbestritten und gut und stellt eine Chance dar und diese sollten wir packen und ein Projekt ausarbeiten. Später bei der Detailbesprechung kann der Einwohnerrat darüber befinden. Eine Mehrheit ist gegeben, SP und FDP stimmen diesem Geschäft zu und die CVP ebenfalls. Es ist also eine Mehrheit vorhanden und ich bitte um möglichst baldige Abstimmung, will ich sonst einen Antrag auf Schliessung der Rednerliste stellen.

Emanuel Trueb: Wir befinden also nachher über den Planungskredit und ich bin der Auffassung, dass wir, im Gegensatz zu Stefan Löw, noch Bedürfnisse deponieren können, was man ungefähr in der Vorlage erwartet. Ich bin der Meinung, es sollten auch Aussagen über die Bahnhofstrasse bzw. der Gestaltung des Aussenraumes gemacht werden und da schliesse ich mich Patrick Weisskopf an. Weiter erwarte ich etwas zum Thema Flexibilität, denn im Moment sieht es ja so aus, dass bereits mehr oder weniger klar ist, wie die Arbeitsplätze vergeben sind. Ich gehe davon aus, dass sich auch diese Verwaltung in den nächsten 40 Jahren verändern wird; es kommen neue Aufgaben und alte gehen weg. Es sollten Aussagen über das Thema Energie vorhanden sein, Klarheit darüber und dies hat Auswirkungen auf die Aussengestaltung des Gebäudes, weil Auskragungen energietechnisch problematisch sind. Zum Schluss, da schliesse ich mich der Ungeduld von Stefan Löw an, das Ganze sollten wir schnell voranbringen, denn jetzt sind die Zinsen günstig.

GR Max Hippenmeyer: Emanuel Trueb hat die Zinsen erwähnt und dies bringt mich zu den Finanzen und ich möchte zu Urs Hess eine Präzisierung abgeben. Im Gegensatz zu einem privaten Investor kennt die Gemeinde keine Objektfinanzierung. Ich habe vorhin versucht, trotzdem an einem einzelnen Objekt aufzuzeigen welches die Konsequenzen in der Gemeinderechnung sind. Der Betrag von CHF 15 Mio. hatte Modellcharakter und die Angaben, die Urs Hess will, kommen, sobald wir mit dem Projektkredit einen Schritt weiter gekommen sind und wissen, was es effektiv kostet und dann müssen wir uns überlegen, wie wir dies finanzieren. Zur Milchbüchleinrechnung: Ich habe auf den Abschreibungsbedarf hingewiesen und du weisst auch, dass man die CHF 8 Mio. aus der Vorfinanzierung direkt auf das Objekt verrechnen kann und daher nicht abzuschreiben sind. Dies ist kein Sand in die Augen gestreut; im Gegenteil, ich bin von einer Fremdfinanzierung für dieses Objekt von CHF 10 Mio. ausgegangen, obwohl wird schon CHF 11 Mio. auf der hohen Kante haben. Die verbindlichen Aussagen werden kommen, wenn die Zeit reif ist. Zu Gert Ruder muss ich noch sagen, dass es zwar schön ist, das einheimische Gewerbe zu berücksichtigen, aber wir sind nicht der Bauherr, wir sind Käufer zweier schlüsselfertiger Stockwerke. Der Käufer von Stockwerkeigentum, sei es hier oder sonst wo, kann auch nicht sagen, der Bauherr solle noch Dieses oder Jenes machen oder nehmen. Unser Einfluss ist sehr klein, aber dort, wo wir ihn noch haben, werden wir ihn wahrnehmen. Ich gehe davon aus, dass Werner Sutter die arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Region auch kennt. Zu den Parkplätzen: Die Antwort auf diese Fragen gibt der Projektierungskredit, dies sind Punkte für spätere Verhandlungen mit der

Bauherrschaft. Auch die Frage des räumlichen Ausbaues stand zur Diskussion. Dies sind alle Faktoren, die zu berücksichtigen sind und nach heutigem Wissensstand kann man davon ausgehen, dass man die Option des 3. Stockwerkes kaum in Anspruch nehmen muss. Aber der Gemeinderat war so weitsichtig, dass er daran gedacht hat, dass wir eventuell noch wachsen könnten. Auch die Frage des Standortes für den Abfall wird im Rahmen des Detailprojektes ausgearbeitet. Wir haben eine einzigartige Chance, an diesem Standort etwas zu realisieren. Es besteht ein gültiger Quartierplan für dieses Gebiet aus dem Sechszigerjahren und die Bauherrschaft könnte, und da muss man sich bewusst sein, morgen anfangen zu bauen gemäss dem Quartierplan aus den Sechzigerjahren und ob dieses städtebaulich eine schöne Sache wäre, bezweifle ich persönlich.

GR Rolf Wehrli: Ich erachte einzelne Voten, die ins Bauspezifische oder Gestaltungsspezifische gegangen sind, als sehr wertvoll und diese können wir in die Planung aufnehmen und ihnen mit einer Vorlage wieder vorlegen. Auch die Hinweise von Gert Ruder, Stichwort Gesamtarbeitsverträge: Es muss sich heute jeder Unternehmer daran halten und bei fast jeder Eingabe ist eine GAV-Bestätigung beizulegen, in der er verbindlich zusagt, Arbeitszeit, Löhne usw. einzuhalten. Da habe ich keine Bedenken und es wird heute auch kontrolliert. Bei der von mir erwähnten Differenz der Arbeitsplätze handelt es sich tatsächlich um eine Reserve und man sieht man später, wie es mit der Integration der Schulleitungen und der Musikschule verhält. Parkplätze wird es im Gebäude und ums Gebäude herum genügend haben, aber wie es im Detail aussieht, wird genau abgeklärt und ist dann in der Vorlage enthalten und ebenso bezüglich der Option über das 3. Geschoss. Dies ist im Moment noch Verhandlungssache.

Stefan Löw: Emanuel Trueb, ich habe absolutes Verständnis für dein Votum, sich einzubringen. Ich bin einfach der Meinung, alle Fraktionen haben die Möglichkeit, sich einzubringen, indem sie ihre Bemerkungen schriftlich dem Gemeinderat zustellen. Wir wählen hierin eine Begleitkommission, die das Projekt begleitet. Es kann nicht sein, dass wir jetzt eine Detailberatung des ganzen Projektes machen, dazu fehlen uns die genauen Unterlagen. Wir müssen den Projektierungskredit sprechen und auf Grund dieser Aussagen später im Detail beraten.

Stephan Ackermann: Wir sind ja hier, uns einzubringen. Wir sind ein Parlament und sollen hier auch miteinander reden und es nicht schriftlich abgeben. Der Gemeinderat gibt uns auch nicht alle Informationen schriftlich ab, sonst hätte er ja hier nichts mehr zu erzählen. Diese Punkte, die wir dem Gemeinderat mitgeben, sind sehr wichtig, dann weiss der Gemeinderat, dass dies die kritischen Punkte sind und es zur Kenntnis nehmen. Dann muss sich der Gemeinderat auch nicht überrascht vorkommen, wenn der Einwohnerrat die ganze Sache doch ablehnt, weil genau die heute Abend erwähnten kritischen Punkte nicht berücksichtigt wurden. Das kann passieren, aber es kann dann niemand sagen: Hättet ihr es doch gesagt.

Urs Schneider: Wir reden hier über den Nachtragskredit von CHF 220'000 für eine neue Gemeindeverwaltung an der Bahnhofstrasse; dies steht so auf der Vorlage. Ich gehe davon aus, dass der Nachtragskredit heute Abend gesprochen wird und grundsätzlich finde ich den Standort Bahnhofstrasse nicht schlecht. Ich finde es schade, dass der Gemeinderat nicht schon vor Monaten einen Grundsatzentscheid hierin gefällt hat, was will man, wie ist die Stimmung, wie ist der Puls, will man sich einkaufen, einmieten oder einen eigenen Bau erstellen. Dies hat mir gefehlt und wenn wir heute Abend CHF 220'000 sprechen, gehe ich davon aus, dass, falls man sagt, man will das Projekt nicht, weil es zu teuer ist, dass der Betrag von CHF 220'000 grösstenteils abgeschrieben ist und man es für ein anderes Projekt nicht brauchen kann. Der vorgängig zu entscheidende Grundsatz wäre sehr wichtig gewesen und hätte der Vorlage sehr gut getan.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 28 Ja zu 1 Nein bei 10 Enthaltungen:

://: Der Nachtragskredit von CHF 220'000 für die Planung und genaue Kostenberechnung eines neuen Verwaltungsgebäudes auf Parzelle Nr. 4042, Bahnhofstrasse, wird genehmigt.

Geschäft Nr. 2683

Motion der SP-Fraktion, Gert Ruder und Werner Graber, betreffend "Velo-Fussgängerunterführung als Ersatz der Coop Passerelle"

Aktenhinweis

- Motion der SP-Fraktion, Gert Ruder und Werner Graber, betreffend "Velo-Fussgängerunterführung als Ersatz der Coop Passerelle" vom 6. September 2010

GR Rolf Wehrli: Die genannte Motion würde der Gemeinderat gerne als Postulat und nicht als Motion entgegen nehmen. Wie es im ersten Abschnitt auch steht, ist die SBB nicht gewillt, die Coop-Passerelle den heutigen Anforderungen anzupassen. Sicher nicht heute und morgen als Folge der Planungen, über die wir hierin letztes Mal unterrichtet wurden. Wir möchten aber dem Einwohnerrat einen Bericht abgeben „prüfen und berichten“, wie wir das mit der Passerelle sehen und auch das ganze Gebiet; es gibt ja noch andere Unterführungen. Wir möchten dies in einen Zusammenhang bringen, berichten und dann auf den Beschluss des Einwohnerrates warten. Als Postulat gerne, aber nicht als Motion.

Werner Graber: Quartier Hohenrain, Münchacker, Mittelfeld- und Schlosstrasse, Neupratteln sind heute für den Langsamverkehr sehr schlecht erschlossen. Für ältere und behinderte Dorfbewohner stellt die Passerelle ein unüberwindbares Hindernis dar und oft müssen grössere Umwege gemacht werden. Schon vor Jahren gelangte eine Petition mit 300 Unterschriften an den Gemeinderat mit der Forderung, diese Quartiere besser zu erschliessen. Eine zeitgemässe Unterführung anstelle der Passerelle erleichtert die Erreichbarkeit der Quartiere und sie würden optimal erschlossen. Es entstünde eine optimale Verbindung Nord-Süd. Auf der Südseite wird in nächster Zeit eine Überbauung Coop-Häring entstehen. In diesem Zusammenhang drängt sich die Realisierung einer neuen Unterführung auf. Warten wir nicht, bis alles überbaut ist und stimmen wir der Motion zu. Wieso eine Motion? In der letzten Sitzung des Einwohnerrates hiess es, wir machen eine Motion, wenn wir wollen, dass etwas geht. Und genau den gleichen Grund haben auch wir: Eine Motion, damit etwas geht und nicht ein Postulat. Wir haben auch in anderen Gemeinden nachgeschaut, welche Unterführung für Fussgänger, Velofahrer und behinderte Personen zeitgemäss sind. Bei der gezeigten Unterführung können auch Personen mit Gehhilfen und Rollstühlen bequem vom Norden von Pratteln Richtung Zentrum durchgehen. Daher bitte ich sie, die Motion als erheblich zu erklären und zuzustimmen.

Roland Kuny: Wir von der SVP-Fraktion haben die Motion diskutiert und sind der Meinung, dass es sich um ein Postulat handelt und daher gegen eine Überweisung. In diesem Gebiet ist gegenwärtig viel in Planung und eine Unterführung am falschen Ort verursacht nur Kosten. Die bestehende Überführung wurde zudem fast nur von Coop-Mitarbeitern genutzt, die zum Zentrallager und der Rösterei wollten oder umgekehrt. Ausserdem ist östlich davon die Fröschiunterführung, die neu gestaltet werden soll und westlich die Galenwegunterführung, die im Zug der Tramverlängerung ebenfalls umges-

taltet wird. Wir sind der Meinung, dies ist ausreichend und darum bitte ich sie, die Motion nicht zu überweisen.

Mario Puppato: Die FDP ist zum selben Schluss gekommen wie die SVP. Wir finden, es ist ein Bedürfnis vorhanden, die Nord-Süd-Verbindungen zu verbessern. Dies nicht nur an einem Ort, sondern an verschiedenen. Aber wenn man eine Motion macht, ist der Gemeinderat gar nicht in der Lage, diese umzusetzen, weil höhere Gewalt und SBB-Planung da ist. Aber ein Postulat, dass der Gemeinderat weiss, dass dies ein Anliegen grosser Bevölkerungskreise ist, da sind wir derselben Meinung. Wir bitten daher die beiden Motionäre, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dann sind wir bereit, dies zu unterstützen.

Christoph Zwahlen: Die Unabhängigen und Grünen sind zur gleichen Erkenntnis gekommen, die schon mehrmals geäussert wurde. Vor allem um den Blick auf die anderen Unterführungen auszuweiten, wo rascher Handlungsbedarf besteht, finden wir, eine Motion enge den Gemeinderat auf dieses eine Objekt zu stark ein. Er muss die anderen Sachen dringend mit einbeziehen. Als Postulat heisst es nicht nur „prüfen und berichten“, sondern „prüfen, berichten und handeln“. Sonst müssen wir wieder mit etwas Ähnlichem kommen.

Gert Ruder: Ich bedanke mich für die Meinungsäusserung. Eine kleine grundsätzliche Zustimmung kann ich feststellen. Scheinbar ist man der Meinung, man könne aus dieser Motion, die in Text und Aussage wirklich eine Motion ist, ein Postulat machen. Werner Graber und ich sind nicht der Meinung, dass man diese Motion zu einem Postulat machen kann, sondern der Meinung, wenn man zu diesem Thema ein Postulat machen will, müsste dies anders aussehen und dies müsst ihr schon uns überlassen. Mario Puppato sagt übrigens und ich bedanke mich dafür, dass die freisinnige Fraktion ganz klar ein Bedürfnis sieht, sagt Ja-Aber und nimmt Bezug auf die Situation, dass der Gemeinderat allenfalls gar nicht in der Lage ist, so eine Vorlage zu unterbreiten. Ich bin sehr wohl der Meinung, der Gemeinderat könne dies. Wir haben ja eine solche Situation heute Abend besprochen. Man kann die Motion erheblich erklären, der Gemeinderat kann eine Vorlage machen, in der beispielsweise ein Planungskredit beantragt wird. Ob es nun 4 oder 6 Geleise zu unterqueren gilt, könnte der Gemeinderat schon machen und darum sind wir der Meinung, man solle die Motion als erheblich erklären. Wenn ihr das macht, bedanken wir uns herzlich und wenn ihr es nicht macht, müsst ihr es Werner Graber und mir und der SP-Fraktion überlassen, ein Postulat zu diesem Thema zu machen, dass es später wirklich ein Postulat ist und der Gemeinderat prüft und berichtet. Ob er dann auch handelt, weiss ich nicht, weil er bei einem Postulat ja nur prüfen und berichten muss und bei einer Motion müsste er noch handeln. Und das ist der wesentliche Unterschied und genau aus diesem Grund haben wir uns entschieden, eine Motion zu machen, weil wir eine Aussage des Einwohnerrates wollen zum Langsamverkehr. Wir möchten euch auf die Probe stellen, wie ernst es mit Investitionen auch für den Langsamverkehr ist und wie wichtig euch die Quartiere nördlich der Bahnlinie sind, die für Fussgänger und Velofahrer wirklich nicht gut erschlossen sind.

Stephan Ackermann: Eine klare Aussage bezüglich Langsamverkehr wollte Gert Ruder von uns hören. Ja, wir sind ganz klar für die Förderung des Langsamverkehrs und haben diesbezüglich ein Postulat eingebracht, was die einfachere Querung der Bahnlinie betrifft. Bei der Fröschiunterführung warten wir immer noch auf den Bericht des Gemeinderates. Ich finde es toll, wie die Motion von allen Seiten positiv angeschaut wurde mit dem einzigen kleinen Punkt, dass es ein Postulat sein soll, damit es überwiesen werden kann. Nach dem Reglement für den Einwohnerrat muss man dieses nicht noch einmal neu schreiben, sondern sagen, wir überweisen es als Postulat und dies wäre der Sache viel dienlicher, als jetzt auf Biegen und Brechen eine Aussage zu erzwingen, ob man nun für Langsamverkehr ist oder nicht. Ich lege den beiden Motionären ans Herz, macht ein Postulat daraus. Es geht ja um die Sache und da auch das andere noch am Laufen ist, kann alles im Gesamtzusammenhang angeschaut werden. Vor einiger Zeit haben wir in

unserer Gemeinde einem Rundgang gemacht, auf dem Schwachstellen im Langsamverkehr angeschaut wurden und diese Unterquerung war auch ein Thema. Man hat auch die Unterführung Galenweg angeschaut und gesagt, auch dort soll etwas laufen. Ich bin einer, der oft diese Unterführungen benutzt oder Strassen, bei denen man mit wenig Aufwand etwas machen könnte wie beispielsweise bei der Oberemattstrasse eine Trottoirseite für den Langsamverkehr auszuschildern. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass er dies einfließen lässt und auch die laufende Analyse. Macht doch ein Postulat.

Kurt Lanz: Ich sehe es nicht ganz gleich und bin der Meinung, dass es eine Motion bleiben soll. Der Gemeinderat wird aufgefordert, eine Vorlage für eine Unterführung dort zu unterbreiten und nicht irgendwo. Dies ist der Kern der Motion. Wenn der Gemeinderat sagt, wir schauen die ganze Geschichte an, dann heisst dies für mich, dass eine bestehende Querung aufgehoben wird und man nicht bereit ist, einen Ersatz dafür zu schaffen, sondern bestehende Querungen neu zu machen. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass die Motion sehr wohl eine Motion sein muss und ich möchte nicht, dass der Gemeinderat Auskunft gibt, wir würden nun die Fröschiunterführung sanieren, aber die Querung beim Coop ist dann weg. Ich möchte dort Ersatz haben. Darum bitte ich sie, die Motion so zu unterstützen, wie sie hier steht.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 12 Ja zu 24 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Die Motion Nr. 2683 wird nicht erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2684

Postulat der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Mitwirkung in der Ferienzeit"

Aktenhinweis

- Postulat der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Mitwirkung in der Ferienzeit" vom 9. September 2010

GR Max Hippenmeyer: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen: Prüfen und berichten.

Benedikt Schmidt: Es freut mich, dass der Gemeinderat das Postulat entgegen nehmen will, weil wir gerade in diesem Jahr während der Sommerferien 4 riesengrosse Quartierpläne hatten in der Mitwirkung und so etwas ist schlicht und einfach nicht sinnvoll, weil in der kurzen Zeit es nicht möglich ist, die Quartierpläne sauber anzuschauen und eine Stellungnahme zu machen. Es handelt sich um den ersten Moment, in dem die Bevölkerung sich zu den Quartierplänen äussern kann; also soll es auch so organisiert werden, dass die Bevölkerung wirklich eine Chance hat, eine fundierte Aussage zu machen. Ich weiss auch von Vertretern aus der Bevölkerung, die eine Stellungnahme abgegeben haben, dass es ihnen nicht gepasst hat, dermassen unter Zeitdruck gesetzt zu werden. Es ist relativ einfach zu verstehen, warum es in den Sommerferien so viele Quartierpläne gibt. Die Planer wollen ihre Teilprojekte abschliessen und denken, gut wir machen dies auf die Ferien hin fertig und dann geht es zur Gemeinde und in die Mitwirkung. Dass es so läuft, ist absolut nicht notwendig und zeitliche Verzögerungen muss man auch nicht befürchten, weil es noch genügend andere Projekte gibt, die über einen längeren Zeitraum liegen geblieben sind. Es braucht keine neuen Reglemente, keine neuen Vorschriften und man kann dies unkompliziert im Gespräch mit den Planern lösen. Darum bitte ich, das Postulat zu unterstützen.

Erich Weisskopf: Politik findet tagtäglich statt und auch während der Ferien. Das die Aufrufe zur öffentlichen Mitwirkung 30 Tage im Voraus durch den Gemeinderat erfolgen, ist Tatsache. Wer an der Politik Interesse hat, befasst sich damit auch während der Ferien, denn man hat dann am meisten Zeit, als während des beruflichen Alltages. Die politischen Abläufe und Durchläufe sind bekannterweise keine Schnellzüge. Die SVP-Fraktion lehnt daher das Postulat 2684 einstimmig ab.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 21 Ja zu 14 Nein bei 4 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2684 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2687

Postulat Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Schulhausplatz den Schulkindern"

Aktenhinweis

- Postulat Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Schulhausplatz den Schulkindern" vom 20. September 2010

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat hat eine bestimmte Sympathie für das Postulat, ist aber der Auffassung, dass es zum jetzigen, ich betone zu jetzigen Zeitpunkt, keinen Sinn macht, zu überweisen. So lange kein Grundsatzentscheid im Gemeinderat allenfalls im Einwohnerrat, über die Zukunft des gelben Schulhauses gibt, sehen wir nicht ein, dass wir dort eine Planung in Angriff nehmen, um den Schulhausplatz umzugestalten oder eine Teilumgestaltung zu machen. Dass in längerer Zukunft etwas gehen muss und auch im Zusammenhang mit dem Schmitzenplatz (hier gibt es eine Arbeitsgruppe) in ausgeteetem Gebiet ist klar. Aus diesem Grund sehen wir zum heutigen Zeitpunkt nicht, dass wir das Postulat entgegen nehmen. Im Moment ergibt dies keinen Sinn; wir behalten es aber gern im Hinterkopf.

Stephan Ackermann: Ich bedaure logischerweise, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Wenn man den Platz dort draussen anschaut, kommt man im ersten Moment nicht auf die Idee, dass dies ein Pausenplatz ist. Der geteerte Platz macht kaum den Anschein, dass die Kinder dort täglich ihre Pausen verbringen. Es fehlen fest installierte Spielgeräte und sogar auf dem Boden aufgemalte Spiel gibt es nicht. Bunte Flecken, die auf einen Pausenplatz gehören, fehlen ebenfalls. Zu schweigen von etwas Naturnahem, wo man nicht nur den Teer spürt. In unserer Gemeinde gibt es kaum einen anderen Schulhausplatz, der nach monotoner Wüste aussieht. Mit dem Postulat fordern wir den Gemeinderat auf, uns eine Idee vorzustellen, wie ein solcher Schulhausplatz aussehen könnte und nicht erst, wenn wir im Altersheim zu Hause sind, sondern vorher. Man muss sich bewusst sein, wie schnell so eine Schulgeneration durchgeht und diese können nicht warten, bis über die Zukunft des gelben Schulhauses oder den Schmitzenplatz entschieden ist. Deshalb wäre ich froh, wenn mindestens provisorische Massnahmen ergriffen würden bis zu dem Punkt, an dem etwas Definitives geht. Es muss nichts Riesiges sein. Wenn die Lehrkräfte etwas versucht haben, hiess es immer: Dieses oder Jenes ist nicht möglich, weil der Platz mehrfach genutzt wird. Es handelt sich um einen Schulhausplatz und bei einer Mehrfachnutzung müssen auch die Kinder ihre Möglichkeit haben. Deshalb bitte ich euch, das Postulat zu

unterstützen, auch wenn es nur ein prüfen und berichten ist und nicht eine definitive Verpflichtung.

Albert Willi: Die SVP-Fraktion ist gleicher Meinung wie der Gemeinderat. Es hat keinen Wert, nun Geld aufzuwerfen und nachher passiert etwas mit dem gelben Schulhaus. Es gibt auch die Möglichkeit, dass die Schule selber Aktivitäten entwickelt und in einer Projektwoche bestimmte Sachen selber regelt. Wir sind der Meinung, das Postulat nicht zu überweisen, sparen das Geld und warten, bis wir für den Schmittplatz und das Schulhausareal ein Projekt haben. Wir brauchen ihn als Mehrfachplatz und es geht leider nicht anders. Wenn Schulkinder da sind, sind auch keine Fahrzeuge auf dem Platz und der Platz wird von der Schule rege benutzt.

Eva Keller: Der Platz ist wirklich kein klassischer Schulhausplatz, aber halt Teil des Dorfzentrums und das Dorfzentrum ist Teil einer Neuplanung. Wie die Nutzung dieses Schulhauses in Zukunft aussieht, ist leider unbekannt und es wäre gut zu wissen, wie die Terminplanung aussieht. Zurzeit machen auch für uns teure Ausbauten keinen Sinn, weil zu viele Unbekannte im Spiel sind. Ich habe mich informiert und herausgefunden, dass Kinder in der grossen Pause vor allem gerne Fussball spielen und dies ist zum Glück hier möglich und eigentlich müsste ich nun einen Kunstrasen wünschen. Weiter gibt es eine Spielkiste, aus der die Kinder Sachen herausholen können und auch mit Kreide lässt sich etwas am Boden aufmalen. Es gibt weitere Möglichkeiten und die Kinder sind erfinderisch, so lange nicht ein toller Kletterbaum vorhanden ist. Anregen kann ich noch, dass man sich für das Projekt Fit-for-Fun der Kleven-Becker-Stiftung bewerben würde. Es gibt dann eine grosse Spieltrommel, die die Kinder nutzen können, wenn man eine solche erhält. Dies sind Gedanken für eine Zwischenlösung, wo man etwas aufbauen kann, bis die weiteren Pläne bekannt sind. Als Folge der vielen Unbekannten ist die SP-Fraktion mehrheitlich nicht für eine Überweisung. Persönlich bin ich natürlich für eine super Anlage inklusive Fussballfeld.

Stephan Ackermann: Nun bleiben mir nur noch die Worte von Gert Ruder übrig. Ein Bekenntnis zu unseren Kindern (nicht zum Langsamverkehr), die doch einige Jahre in diesem Schulhaus sind und nicht in einer Betonwüste in der Pause zu Hause sein sollen. Ich habe nirgends geschrieben, dass es CHF 100'000 kosten sollte; überhaupt nicht. Sondern der Gemeinderat soll in einem bescheidenen Rahmen vorlegen, was im Hinblick auf eine spätere Umgestaltung in einem bescheidenen Rahmen möglich ist. Wenn nicht einmal dies machbar ist: Wir gedenken nichts zu machen, fordern aber die Lehrerschaft auf, etwas zu machen und legen ihnen keine Steine in den Weg. Man kann ja auch in die andere Richtung gehen und lässt doch den Gemeinderat etwas mehr prüfen und berichten, als eine ablehnende Haltung diesem Postulat gegenüber zu haben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 11 Ja zu 24 Nein bei 4 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2687 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

Frage 1

"Einhaltung neues Polizeireglement"

(Bruno Baumann, SP)

Aktenhinweis

- "Einhaltung neues Polizeireglement" (Bruno Baumann, SP) vom 30. 11. 2010

GR Ruedi Brassel: Frage 1: *Hat der Gemeinderat Kenntnis davon, dass bei den oben genannten Geschäften (Lidel, CC- Angern und Lumimarkt) die Beleuchtung nicht ausgeschaltet wird?* Nein, der Gemeinderat weiss dies nicht und wir danken dafür. Der Gemeinderat ist darauf angewiesen, dass solche Informationen fliessen. Sie müssen nicht zwingend in der Fragestunde gestellt werden und man kann diese Informationen auch sonst bei der Gemeindeverwaltung deponieren. Frage 2: *Werden bereits Kontrollen gemacht, ob das neue Polizeireglement nach § 30 Lichtimmissionen, eingehalten wird? Wenn Ja wer macht diese Kontrollen? Wenn NEIN warum nicht?* Frage 3: *Ist der Gemeinderat bereit in Zukunft vermehrt Kontrollen zu veranlassen?* Spezielle Lichtimmissionskontrollen wurden nicht durchgeführt und dies aus Mangel an Ressourcen. Im Budget 2010 sind keine Mittel für Kontrollen durch Externe vorgesehen und darum sind wir auch darauf angewiesen, solche Sachen uns zu melden. Im Rahmen der jährlich 24 Nachtparkingkontrollen, kann die Einhaltung der Lichtimmissionen mit kontrolliert werden. Frage 4: *Wie ist das genaue Vorgehen des Gemeinderates, wenn ein Verstoss gegen § 30 festgestellt wird?* Frage 5: *Was unternimmt der Gemeinderat im Wiederholungsfall?* Bei Feststellung eines Verstosses, wird der Fehlbare schriftlich ermahnt. Im Wiederholungsfall verzeigt die Gemeindepolizei den Fehlbaren an den Gemeinderat. Das Verfahren richtet sich nach dem Gemeindegesetz. Es kommt das Bussenanerkennungsverfahren zur Anwendung. Frage 6: *Hat der Gemeinderat bereits Ausnahmen bewilligt? Wenn Ja an wen und warum?* Nein es wurden keine Ausnahmen bewilligt.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 2

"Akustik in der Dorfturnhalle"

(Urs Hess, SVP)

Aktenhinweis

- "Akustik in der Dorfturnhalle" (Urs Hess, SVP)

GR Rolf Wehrli: Frage 1: *Wann werden die versprochenen Vorhänge installiert?* Frage 2: *Kann die Lautsprecheranlage so eingestellt werden, dass das Gesprochene auch gehört werden kann?* Die Abteilung Bau hat verschiedene Vorschläge geprüft und durch ein akustisches Fachbüro (Ehram) prüfen und ausmessen lassen. Ein rückwärtiger Vorhang scheint eine gute Lösung zu sein. In ästhetischer Hinsicht hat der Gemeinderat noch eine Visualisierung verlangt, damit der Gemeinderat entscheiden kann, ob es in die alte Dorfturnhalle passt und so ausgeführt werden kann. Die Vorlage für eine Vergabe erfolgt noch im November. Die Lautsprecheranlage muss technisch so gut eingestellt werden, dass Alle Alles verstehen.

Zusatzfrage von Urs Hess: Wann wird die Anlage so eingestellt, dass man auch Alles hört? Heute Abend war es wieder schlecht.

GR Rolf Wehrli: Wenn ich Techniker wäre, würde ich morgen die Anlage richtig einstellen. Dies muss so schnell wie möglich passieren; es ist ein untragbarer Zustand und geht als Auftrag an die entsprechende Person. Stephan Brauchli ist noch anwesend.

Dieter Stohler bemerkt, dass heute Abend jemand die Mikrofone bedient und justiert und es scheint mir besser als zu Beginn der Sitzung. Herr Fischer hat mir gesagt, dass morgen ein Techniker kommt, der noch etwas mehr aus der Anlage herausholt.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 3 **"Salina Raurica - Stand der Dinge"** (Christoph Zwahlen, Unabhängige und Grüne)

Aktenhinweis

- "Salina Raurica - Stand der Dinge" (Christoph Zwahlen, Unabhängige und Grüne)

GR Rolf Wehrli: Frage 1: *Ist der vom Landrat verabschiedete Spezialrichtplan Salina Raurica vom Bund genehmigt und somit rechtsgültig?* Ja, er ist genehmigt und rechtsgültig. Frage 2: *Wie weit ist die Umsetzung in kommunales Recht gediehen?* Die kommunale Raumplanung ist voll im Gange. Der Aufträge für den Teilzonenplan und einen neuen Strassennetzplan sind bereits vom Gemeinderat vergeben. Der Abteilungsleiter Bau arbeitet mit verschiedenen Arbeitsgruppen der kantonalen Fachstellen intensiv seit mehr als einem Jahr an der raumplanerischen Umsetzung. Aus Zeitgründen wird die Teilzonenplanung vorgezogen und erst nachträglich ein Wettbewerb für den östlichen Teil mit Längipark veranstaltet (gemäss Richtplan Landrat). Frage 3: *Wie steht es mit der geplanten Erschliessung des Gebietes mit dem Tram?* Die Tramführung wird nicht wie im Richtplan vorgesehen entlang der Rheinstrasse, sondern in Mitten des Entwicklungsgebietes geführt (Netzbodenstrasse). Zudem soll das Tram eine Schleife über das Gebiet Grüssen machen, wofür bereits verkehrsplanerische Studien erstellt worden sind. Eine Anpassung des Richtplanes ist mit dem Kanton angedacht. Frage 4: *Sind weiterhin nicht-Richtplan-konforme Bauten wie z.B. der Erweiterungsbau Haldemann AG oder die Scania-Garage möglich?* Das Instrument der "Planungszone" kann nur für 5 Jahre eingerichtet werden. Eine Verlängerung ist rechtlich nicht möglich. Heute könnte bei entsprechendem Erschliessungsstand auf baureifen Grundstücken also gebaut werden. Darum ist auch eine zeitnahe Planung anzustreben.

Zusatzfrage von Christoph Zwahlen: Kürzlich habe ich gelesen, dass der Kanton aus finanziellen Gründen darauf verzichtet, das Gebiet mit dem Tram zu erschliessen und nun eine Erschliessung mit dem Bus vorsieht. Welches ist der Wahrheitsgehalt dieser Meldung? Zu den nicht-Richtplan-konformen Bauten: Wenn nun der Teilzonenrichtplan rechtskräftig ist, ist es dann unmöglich, solche Bauten zu erstellen? Die Planungszone ist dann ja auch beendet und irgendwann muss ja eine zonenkonforme Bauweise nach dem neuen Richtplan vorgeschrieben sein und wann ist dies?

GR Rolf Wehrli: Ich habe es nicht gelesen und was in der Zeitung steht, hat die Zeitung geschrieben und nicht der Kanton und auch nicht die Gemeinde. Mir ist dieser Sachverhalt nicht bekannt. Uns ist bekannt, dass das Tram nach wie vorgeplant ist, durch das Grüssengebiet geht und dass man die Tramlinie verlegt. Dies ist uns bekannt und etwas Neues würde uns der Kanton mitteilen. Zu den nicht-zonenkonformen Bauten kann ich keine Antwort geben, dies entzieht sich am heutigen Abend meiner Kenntnis.

Die Frage ist beantwortet.

Dieter Stohler: Nachrückende Person für Thomas Vogelsperger, der per Ende Jahr den Einwohnerrat verlässt, ist Frau Rosa Calicchio, SP.

Die Sitzung wird um 22.20 Uhr beendet.

Pratteln, 1. Dezember 2010

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Das Einwohnerratssekretariat

Dieter Stohler Joachim Maass